

Bern, den 1. Juli 2014
Medienmitteilung

Umweltorganisationen rügen unsorgfältige Planung bei der Umnutzung des Flugplatz Münster

Die Umweltorganisationen VCS Wallis, Pro Natura Wallis und mountain wilderness Schweiz haben Einsprache gegen die geplante Umnutzung des ehemaligen Militärflugplatzes Münster erhoben. Die Umweltverbände kritisieren eine aus Umweltsicht mangelhafte Planung und befürchten eine Zunahme des Fluglärms. Sie fordern ein Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission sowie wirksame ökologische Ausgleichsmassnahmen.

Dieses Frühjahr hat die Flugplatzgenossenschaft Münster beim BAZL ein Plangenehmigungsgesuch eingereicht, damit der Militärflugplatz Münster zu einem zivilen Flugplatz umgenutzt werden kann. Gegen dieses Gesuch haben die Umweltverbände VCS Wallis, Pro Natura Wallis sowie mountain wilderness Schweiz heute Einsprache erhoben.

Die Umweltverbände befürchten eine Zunahme des Fluglärms im Tal und in den umliegenden hochalpinen Gebieten, denn im Betriebsreglement ist keine Obergrenze für die Anzahl Flüge festgelegt. „Wir anerkennen, dass auch die Segelflieger Wertschöpfung bringen, aber eine Zunahme des Fluglärms ist inakzeptabel. Er steht im Widerspruch zum sanften Tourismus, den die Region und der angrenzende Landschaftspark Binntal verfolgen. Eine Obergrenze für die Anzahl Flüge ist aus Umweltsicht zwingend notwendig“, meint Katharina Conradin, Geschäftsleiterin von mountain wilderness Schweiz. Die Verbände kritisieren denn auch eine mangelnde Abklärung der Lärmbelastung und fordern ein Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) zu den Auswirkungen des Flugbetriebs auf die umliegenden Gebiete, die im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) eingetragen sind.

Auch andere Umwelthanliegen kommen im Gesuch zu kurz: Da es sich um einen ehemaligen Militärflugplatz handelt, sind potenzielle Altlasten genau abzuklären und allenfalls zu sanieren. Ebenso enthält das Gesuch keine Massnahmen zur sicheren Ableitung des Oberflächenwassers, was zu einer Gefährdung des Rotten führen könnte. Zudem müssten die Ausgleichsmassnahmen – z. B. die geplante Verschmälerung der Piste – dringend mit der Bewilligung koordiniert werden. Die Umweltverbände fordern aus diesen Gründen, dass die Bewilligung momentan nicht zu erteilen sei und die Betreiber ihr Gesuch überarbeiten.

Weitere Auskünfte:

Katharina Conradin, Geschäftsleiterin mountain wilderness Schweiz,
katharina.conradin@mountainwilderness.ch, 031 372 30 00, 079 660 38 66